

**JU**

JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN



***„Was wir an Europa haben  
– Unsere Ideen für die Zukunft“***

***Beschluss zum 48. JU NRW-Tag  
am 19. und 20. Oktober in Kalkar***

## ***Was wir an Europa haben – Unsere Ideen für die Zukunft***

Die Einigung Europas ist das erfolgreichste Friedensprojekt der Nachkriegszeit. Beispielhaft dafür zu nennen ist die Europäische Union (EU), die zu Recht mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist. Dies hätte allerdings auch durch ein Verleihung des Preises an Helmut Kohl als eine der wichtigsten Persönlichkeiten, die zur europäischen Einigung beigetragen haben, zum Ausdruck gebracht werden können. Die EU steht für gemeinsame Werte wie Freiheit, Menschenrechte und Demokratie, sowie eine Kultur des christlich-jüdischen Abendlandes und sichert diese für ihre Bürgerinnen und Bürger. Der grenzenlose Handel innerhalb der EU ist ein starker Motor für die positive Entwicklung Europas und für den Wohlstand der Menschen. Die Zusammenarbeit und der Austausch in allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen ist ein Gewinn für alle.

Nach China und Indien hat die EU heute die drittmeisten Einwohner. Nur gemeinsam können die 28 Mitgliedstaaten auch künftig ihre Interessen auf der Weltbühne wirkungsvoll vertreten.

### ***Grenzüberschreitende Fragen lösen***

Die Europäische Union sorgt für einen starken Wirtschaftsraum, die einheitliche Anwendung von Recht, die Harmonisierung von Vorschriften sowie für gemeinsame Initiativen, die allen Menschen zu Gute kommen. Herausforderungen in wichtigen Politikfeldern können nicht von einem Mitgliedstaat alleine gelöst werden. Deshalb müssen solche Themen gemeinsam auf europäischer Ebene bearbeitet werden. Die Energiewende muss ein gesamteuropäisches Konzept sein.

### ***Entwicklungspolitik mit Zukunft***

Auch in der Entwicklungspolitik ist eine gemeinsame Linie wichtig. Entwicklungspolitik muss sich immer an der unverletzlichen Würde des Menschen orientieren. Alle geförderten Organisationen müssen diesem Standard gerecht werden. Eine Förderung fragwürdiger Organisationen wie International Planned Parenthood (IPPF) oder Marie Stopes International (MSI) durch den EU-Haushalt wird abgelehnt.

## ***Der europäische Gesetzgeber: Das Europäische Parlament***

Die Stellung des Europäischen Parlamentes – als einzige direkt gewählte EU-Institution – soll weiter zu einem europäischen Gesetzgeber ausgebaut werden. Denn Entscheidungen, die alle Bürger in den EU-Staaten betreffen und in ihren Lebensalltag eingreifen, bedürfen einer direkten demokratischen Legitimation. Das Europäische Parlament muss die Fähigkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen, die denen der Kommission gleichgestellt sind. Einen Umbau des politischen Systems der EU in ein Zwei-Kammer-System mit dem Parlament als echte Legislative und Kommission befürworten wir. Der Rat soll ähnlich wie der Bundesrat als Länderkammer mit Gesetzgebungskompetenz etabliert werden. In den Politikbereichen, die die Mitgliedstaaten an die EU nicht abgegeben haben (z.B. die Gesundheits- und Sozialpolitik), soll die EU keinen Einfluss nehmen. Politikinstrumente wie die Offene Methode der Koordinierung (OMK) sind transparent und demokratisch zu gestalten. Eine Harmonisierung und Fortentwicklung der Sozialpolitik in Europa darf nicht zulasten demokratischer Prozesse gehen.

## ***Europa braucht ein Gesicht***

Die EU muss sichtbar und erkennbar sein. Europa braucht ein Gesicht und eine starke Stimme. Neben weiteren bekannten Persönlichkeiten wie dem Ratspräsidenten und der Hohen Vertreterin wollen wir das Amt des Kommissionspräsidenten weiter aufwerten und es zum maßgeblichen Gesicht Europas entwickeln, welches die Politik der EU koordiniert und sie nach Außen vertritt. Hierzu soll der Kommissionspräsident zukünftig direkt durch das Europäische Parlament gewählt werden dürfen.

## ***Europa fortentwickeln***

Zu Europa gehört die Vielfaltigkeit der Nationen, Sprachen, Traditionen und Kulturen. Deshalb ist die Souveränität der Mitgliedsländer der EU unverzichtbar. Zur Souveränität gehört die Subsidiarität: Der EU dürfen nur solche Aufgaben übertragen werden, zu deren Wahrnehmung sie besser in der Lage ist, als ihre nachgeordneten Einheiten – die Mitgliedsländer, ihre Regionen (in Deutschland unsere Bundesländer) und die Kommunen – für sich alleine.

## ***Grenzenlose Mobilität***

Der freie Verkehr von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen ist eine der größten Errungenschaften der europäischen Einigung. Ein entscheidendes Instrument hierbei ist auch der Euro als gemeinsame Währung. Der freie Zugang zu Hochschulen und Arbeitsplätzen innerhalb Europas bietet zusätzliche Chancen für jeden Einzelnen. Voraussetzung dafür ist die europaweite Anerkennung von Schul-, Hochschul- und Berufsabschlüssen. Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Wir sehen darin die Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

## ***Der Jugend in Europa eine Chance geben***

Die dramatische Jugendarbeitslosigkeit in einigen EU-Mitgliedstaaten ist ein Problem für eine ganze Generation geworden und kann den sozialen Frieden gefährden. Aktuell suchen 5,6 Millionen Menschen unter 25 Jahren innerhalb der EU einen Job. Junge Schul- und Hochschulabgänger müssen deshalb die Chance erhalten, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu erhalten. Qualifizierte Jugendliche könnten in Mitgliedsländern mit Fachkräftemangel eine Beschäftigung finden. Eine Qualifizierungsinitiative der EU ist notwendig, um Jugendlichen dies zu erleichtern und sie gezielt vorzubereiten. Das duale Ausbildungssystem sollte als Vorbild dienen. Sprachbarrieren sind gezielt abzubauen. Auch über Anreize für Unternehmen zur Einstellung dieser Jugendlichen ist nachzudenken.

## ***Den Austausch weiter fördern***

Austauschprogramme für Schüler, Studenten und Auszubildende wie Leonardo da Vinci, Comenius und Erasmus sind zu einem Markenzeichen der EU-Bildungspolitik geworden. Damit auch in Zukunft möglichst viele junge Europäer an diesen Angeboten teilnehmen können und möglichst noch mehr diese Chance erhalten, muss die EU die Fördermittel weiter anheben und die Diskussion um eine mögliche Kürzung von Erasmus-Stipendien sofort beenden. Außerdem sollten diese Austauschprogramme auch auf die USA und Kanada ausgedehnt werden, um die transatlantischen Beziehungen schon auf dieser Ebene zu verstärken und zu vertiefen. Dadurch wird nicht nur die Sprachkompetenz gefördert, sondern auch dazu ermutigt die eigenen Nachbarn besser kennen zu lernen. In gleicher Weise haben sich seit Jahrzehnten

Städtepartnerschaften bewährt, welche die Verständigung von Bürgerinnen und Bürgern untereinander fördern.

### ***Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Euregios stärken***

Nordrhein-Westfalens direkte europäische Nachbarn sind Belgien und die Niederlande. Schon seit Jahrzehnten arbeitet NRW intensiv in den Euregio-Zusammenschlüssen. EUREGIO, Euregio Rhein-Waal, Euregio Rhein-Maas-Nord und Euregio Maas-Rhein. So gibt es Euregio-Tickets im öffentlichen Nahverkehr, Gewerbegebiete werden grenzüberschreitend geplant und realisiert und eine engere Kooperation der Sicherheitskräfte und Rettungsdienste wird ermöglicht. In diesen Grenzregionen ist noch stärker darauf zu achten, dass Schüler Möglichkeiten erhalten, die Sprache der Nachbarn zu lernen. Die EU-Fördermittel für die Euregios sind auf dem bisherigen Stand beizubehalten.

### ***Haushalte in Europa weiter konsolidieren – Stabilitätskriterien einhalten***

Die Schuldenkrise hat gezeigt, dass die Staatsverschuldung in Europa eingedämmt werden muss. Werden die Stabilitätskriterien in einem Haushaltsjahr aber dennoch von einem Staat nicht eingehalten, sind automatische Sanktionen gegenüber dem betroffenen Staat konsequent zu verhängen. Diese können je nach Gewicht der Kriterienverletzung von Geldstrafen bis hin zu dem Verlust des Stimmrechts in europäischen Gremien reichen. Gemeinsame Regeln für die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten sind unbedingt einzuhalten. Besonders die Stabilitätskriterien dürfen nicht aufgeweicht oder verletzt werden. Solidarität ist ein Grundprinzip der EU. Dies bedeutet allerdings keine grenzenlose Haftung für die Schulden anderer Mitgliedstaaten. Sogenannte Eurobonds lehnen wir daher klar ab.

### ***Erweiterung der EU: Ehrlich und maßvoll***

Die Länder des Balkans, besonders die junge Generation dort, verdienen eine klare Beitrittsperspektive für die Europäische Union. Beitrittsverhandlungen sollten weiterhin unter Einsatz von Instrumenten wie Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen als Annäherungsprozess gestaltet werden. In diesem Prozess müssen die Kopenhagener Kriterien stringent ohne Ausnahmen angewendet werden, damit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Geltung von Grundrechten gewährleistet sind und Korruption bereits vor EU-Beitritt wirksam

bekämpft wird. Durch die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien und konsequente Beitrittsverhandlungen nach Erhalt des Kandidatenstatus wird zugleich sichergestellt, dass die beitragswilligen Länder über die notwendige moderne Verwaltungsstruktur zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes verfügen.

Die Türkei ist ein starker Partner Europas. Anstatt der Vollmitgliedschaft in der EU ist für die besondere Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und weiteren Fragen ein geeigneter institutioneller Rahmen, die sogenannte privilegierte Partnerschaft, zu schaffen.

### ***Initiative für die deutsche Sprache ergreifen***

Neben Englisch und Französisch ist Deutsch als dritte Arbeitssprache der Europäischen Union festgelegt. In der Praxis wird diese Vereinbarung jedoch häufig missachtet. Bundesregierung und Bundestag müssen immer wieder fehlende Übersetzungen anprangern. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen sind benachteiligt, wenn sie EU-Ausschreibungen nicht in deutscher Sprache erhalten. Dabei wird Deutsch von annähernd 100 Millionen Menschen und damit von ca. 20 Prozent aller Menschen in der EU als Muttersprache gesprochen. Somit ist Deutsch die meistgesprochene Sprache in der EU. Die EU darf diese große Gruppe nicht länger von ihrem Arbeitsbetrieb ausschließen. Die deutsche Sprache muss als Arbeitssprache der englischen und französischen gleichberechtigt gegenüberstehen! Gleichzeitig sollte sich die EU gemeinsam mit der Bundesregierung in den Staaten, in denen Deutsch eine anerkannte Sprachminderheit darstellt, für den Erhalt der Sprache einsetzen.